

FORDERUNGEN DER VOLKSHILFE

Langfristige Maßnahmen gegen die Teuerung

Fünf Forderungen für ein armutsfestes Sozialsystem

Überblick:

- Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70%
- Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro
- Verbesserungen in der Sozialhilfe
- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Erhöhung der Ausgleichszulage

Dauerhafte Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70%

Erwerbslose Menschen zählen in Österreich zu jenen, die am meisten mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das gilt vor allem für jene, die langzeitarbeitslos sind. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld liegt mit 990 Euro für Männer und 900 Euro für Frauen deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. Lange Erwerbslosigkeit führt beinahe automatisch zu Armut: 9 von 10 Langzeitarbeitslosen in Österreich sind armutsgefährdet¹. Die Zahlen zeigen deutlich, dass 55% Nettoersatzrate nicht zum Überleben reichen. Bereits vor der Teuerung war es für Menschen mit geringen Einkommen nicht möglich, von nur etwas mehr als der Hälfte ihres Letzteinkommens zu leben. Durch die aktuelle Teuerung verschärft sich die finanzielle Notlage der Betroffenen dramatisch. Einmal mehr erhebt die Volkshilfe daher die Forderung, das Arbeitslosengeld dauerhaft auf 70% Nettoersatzrate anzuheben. Nur eine strukturelle Lösung wie diese kann die Existenz im Falle eines Jobverlusts absichern.

¹ Momentum Institut, „Arbeitslosengeld: Die meisten Arbeitslosen leben unter der Armutsgrenze“, August 2021
<https://www.momentum-institut.at/news/arbeitslosengeld-die-meisten-arbeitslosen-leben-unter-der-armutsgrenze>

Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro

Neben Erwerbslosen befinden sich Niedrigverdiener*innen und Erwerbstätige im Niedriglohnsegment am häufigsten in finanziellen Notlagen. Vor allem Jobs, die systemrelevant sind, und insbesondere während der Pandemie von essentieller Bedeutung waren, werden viel zu gering entlohnt. Im Bereich der Reinigung, des Einzelhandels oder der Pflege verdienen die Beschäftigten im Durchschnitt weniger als 1.500 Euro im Monat. Eine Reinigungskraft erhielt im Jahr 2021 beispielsweise monatlich im Schnitt nur 1.107 Euro². Das ist zu wenig, um die enormen Preissteigerungen abfangen zu können. Dass Menschen, die uns durch die Pandemie getragen haben, so wenig verdienen und jetzt am Existenzminimum stehen, ist ein großes Unrecht. Daher fordert die Volkshilfe die rasche Erhöhung des Mindestlohns auf 1.750 Euro.

Lebenssicherung statt ungenügender Sozialhilfe

Mit der Abschaffung der Mindestsicherung und der Einführung des neuen "Sozialhilfegesetzes" kam es zu dramatischen Verschlechterungen für Menschen in Notlagen, wie eine aktuelle Studie der Armutskonferenz zeigt. Besonders in den Bereichen Wohnen und Gesundheit hat das neue System negative Folgen. Die "Sozialhilfe Neu" führte beispielsweise dazu, dass weniger oft Wohnbeihilfe ausbezahlt wird und Verfahren allgemein ineffizienter und komplizierter wurden. Kürzungen treffen vor allem Menschen, die ohnehin bereits zu vulnerablen Gruppen zählen: Personen mit Behinderungen, Frauen in Not oder Familien mit Kindern. Die neue Sozialhilfe hat die Situation genau derjenigen also verschlimmert, die sie eigentlich absichern sollte, und verfehlt somit ihren Zweck.

Um in Krisensituationen echten Schutz zu bieten, muss das System der Sozialhilfe dringend grundlegend reformiert werden. Die Verschlechterungen, welche die "Sozialhilfe NEU" mit sich gebracht hat, lediglich wieder rückgängig zu machen, ist aber zu wenig. Es braucht eine einheitliche, bundesgesetzliche Regelung, die unter anderem eine Erhöhung der Wohn- und Familienbeihilfe, eine Reformierung des Unterhaltsrechts sowie mehr kassenfinanzierte Therapieplätze beinhaltet.

² Arbeit und Wirtschaft Blog, „Reinigung hat ihren Preis, die Beschäftigten ihren Wert“, Juni 2021, <https://awblog.at/reinigung-hat-ihren-preis/>

Kindergrundsicherung

Das Modellprojekt zur Kindergrundsicherung wurde erfolgreich abgeschlossen. Es zeigt, dass eine monatliche Unterstützung, gestaffelt nach Einkommen, weitreichende positive Folgen für das Kind und die Familie hat. Mit der Einführung der Kindergrundsicherung nach dem Modell der Volkshilfe kann Kinderarmut in Österreich abgeschafft werden. Das ist ein wichtiges Signal für die Zukunftschancen von Kindern. Wir durchbrechen die Weitergabe von Armut an die nächste Generation.

- ➔ Alle Infos zur Kindergrundsicherung finden Sie [hier](#)
- ➔ Unterstützen Sie unsere Petition zur Einführung der Kindergrundsicherung in Österreich. [Jetzt Unterschreiben!](#)

Erhöhung der Ausgleichszulage

Ältere Menschen haben ein deutlich höheres Armutsgefährdungsrisiko als andere Teile der Bevölkerung. Das liegt vor allem an den geringen Pensionen, insbesondere von Frauen. Die Durchschnittspension einer Frau lag im Jahr 2020 bei 1.016 Euro und somit deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von 1.371 monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt³. Angesichts der Inflation droht älteren Menschen ein noch höheres Armutsrisiko. Vor allem jene, mit besonders niedrigen Pensionen müssen besser abgesichert werden. Der Ausgleichszulagenrichtsatz ist derzeit mit 1.030 Euro für alleinstehende viel zu niedrig angesetzt. Die Volkshilfe fordert daher eine Erhöhung der Ausgleichszulage über das Niveau der Armutsgefährdungsschwelle. Das wäre ein wichtiger erster Schritt in Richtung armutsfester Pensionsversicherung.

³ Pensionsversicherungsanstalt 2020 [Statistische Daten der Pensionsversicherungsanstalt \(pv.at\)](#)